



**Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**

Joint Conference Church and Development

---

Bundespressekonferenz 14.12.2009, 10.30 Uhr

## **Rüstungsexportbericht 2009**

*Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten*

*Vorsitzender der GKKE*

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Rüstungsexportbericht 2009 der GKKE stellen wir Ihnen heute Entwicklungen im Politikfeld der Rüstungsexportkontrolle vor sowie Daten aus dem Berichtsjahr 2008 und bewerten diese.

Deutschland gehört inzwischen zu den Großen auf dem Weltrüstungsmarkt. Als SIPRI Ende April diesen Jahres Daten vorlegte, die Deutschland im weltweiten Vergleich auf Platz drei der Lieferstaaten zeigte, waren viele aufgeschreckt. Wie konnte diese Entwicklung fast unkommentiert von Parlament und Öffentlichkeit erfolgen und das trotz relativ restriktiver Richtlinien für die Rüstungsexportkontrolle? Wir haben von Seiten der Kirchen jedes Jahr an dieser Stelle den Anstieg der Rüstungsexportgenehmigungen kritisiert. Und in vielen Fällen eine Verletzung der selbst gesetzten Richtlinien durch die Bundesregierung festgestellt. Und immer wieder ein Umsteuern angemahnt!

Auf dem Hintergrund waren unsere Erwartungen hoch, was die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag zur politischen Gestaltung der Rüstungsexportkontrolle sagt. Um es vorweg zu nehmen: Wir sind enttäuscht und unzufrieden.

Der Koalitionsvertrag ordnet die Rüstungsexportthematik in den Kontext der zu dynamisierenden Außenwirtschaftspolitik ein. Unter dem Stichwort „Faire Regeln für die Weltwirtschaft“ signalisiert er, Wettbewerbshindernisse im europäischen Vergleich für deutsche Rüstungshersteller aufzuheben und die Ausfuhr von Dual-use-Gütern zu erleichtern. Flankiert werden diese Ankündigungen von Absichtsbekundungen, Luftfahrt- und Schiffsbauindustrie zu fördern, Systemführerschaft bei Waffenproduktionen anzustreben und Bundeswehrbeschaffungen in Zusammenhang mit Exportmöglichkeiten von Rüstungsgütern zu stellen.

Ein eher weniger deutliches Signal findet sich in den Passagen des Koalitionsvertrages, die der Außen- und Sicherheitspolitik gewidmet sind. Hier ist die Rede davon, regionalen Rüstungsspiralen entgegenzuwirken und das Umschlagen von nuklearen Militäroptionen in konventionelle Rüstung zu verhindern. Speziell zur Rüstungsexportpolitik heißt es, man wolle an den derzeitigen Rüstungsexportbestimmungen festhalten und sich für eine Harmonisierung der Exportkriterien auf europäischer Ebene einsetzen – unter welchen Vorgaben aber bleibt offen.

Das Nebeneinander beider Signale lässt keine politische Entscheidung erkennen, die aber erforderlich wäre, um der kräftigen Beteiligung Deutschlands an der weltweiten Rüstungsspirale entgegenzusteuern.

Deshalb kritisiert die GKKE die vorrangige Ausrichtung der skizzierten Rüstungsexportpolitik der neuen Bundesregierung an außenwirtschaftlichen und industriepolitischen Gesichtspunkten und die Vernachlässigung friedens- und entwicklungspolitischer Dimensionen. Wer regionalen Rüstungsspiralen im Nahen und Mittleren Osten, in Süd- und Südostasien oder im südlichen Amerika entgegentreten will, sollte mit Rüstungsgeschäften nicht noch deren Dynamik antreiben.

Die Rüstungsexportpolitik ist ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik als Friedenspolitik. In diesem Sinne muss das deutsche Rüstungsexportkontrollregime gestärkt werden.

Dazu schlagen wir unter anderem vor:

- die Mitwirkung des Bundestages bei rüstungsexportpolitischen Entscheidungen auszubauen etwa durch eine Beteiligung des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ des Auswärtigen Bundestagsausschusses am Genehmigungsverfahren
- die Einbeziehung von militär- und sicherheitsbezogenen Dienstleistungen und Technologietransfers etwa durch private Sicherheitsfirmen
- weitere Schritte zur Bekämpfung der Korruption bei Rüstungsgeschäften, Anwendung der OECD Vorgaben auch auf den Rüstungshandel
- keine staatlichen Ausfallbürgschaften („Hermes-Kredite“) für Rüstungstransfers , zumindest Information der Bundesregierung dazu in ihren jährlichen Rüstungsexportberichten
- zeitnahe Berichterstattung, (parallel zu den jährlichen Abrüstungsberichten) sollte die Bundesregierung ihren Rüstungsexportbericht bis zum 30. Juni des darauffolgenden Jahres dem Bundestag und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Auch in diesem Jahr haben wir vergeblich auf den offiziellen Bericht der Bundesregierung über die Rüstungsexportgenehmigungen in 2008 gewartet, er liegt bis heute nicht vor. Anfragen aus dem Parlament wurden ausweichend beantwortet. Geheimniskrämerei aber schürt Misstrauen und fördert Skandalträchtigkeit. Transparenz und offene Diskussion würden diesem Politikfeld in vielfacher Hinsicht gut tun!